

**Leitfaden für den Politikwechsel in Deutschland**  
Wolfgang Gerhardt, Guido Westerwelle

(11. August 2005)

---

Quelle/Zitierweise:

<http://www.liberal.de/files/653/leitfadenfuerdenpolitikwechselindeutschland.pdf>; 31.08.2006

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-148

**Leitfaden für den Politikwechsel in Deutschland**

**Dr. Wolfgang Gerhardt MdB, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und**  
**Dr. Guido Westerwelle MdB, Bundesvorsitzender der FDP**

1. Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands, die anhaltende Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit sind das Ergebnis längerfristiger politischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Sie sind in den letzten Jahren lediglich zunehmend deutlicher geworden.
  - Die bisherigen Fehlentwicklungen liegen vor allem in immer mehr staatlichen Eingriffen und Regulierungen, die den Wettbewerb, die die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung zunehmend verdrängt haben. Die Staatsquote ist von 32 % zu Beginn der 60er Jahre auf heute etwa 50 % gestiegen.
  - Die steigenden Steuern und Abgaben und die steigende Staatsverschuldung sind die Konsequenz aus einem Übermaß an Verteilung in nahezu allen Systemen, eine damit verbundene Undurchschaubarkeit und eine Lähmung der Eigeninitiative.
  - Die Tarifvertragsparteien haben in Kenntnis weltweiten Wettbewerbs so getan, als gebe es nur Deutschland und seine Branchen. Wahlkämpfe wurden nach dem Motto „Wer bietet mehr?“ geführt. Auf der anderen Seite haben allerdings auch viele Bürgerinnen und Bürger immer weniger von sich selbst verlangt und immer mehr vom Staat erwartet. Ein gesundes Selbstbewußtsein kann sich so nicht entwickeln.
  - Die Wirklichkeit darf nicht weiter verdrängt werden. 40 % der Weltbevölkerung verlassen in den nächsten Jahren den Status von

Entwicklungs- und Schwellenländern. Indien und China werden Wachstumsraten von 8 % oder 10 % erreichen können. Es gibt keine Stammplätze mehr.

**Der weltweite Wettbewerb wird von vielen Sozialdemokraten, von den Grünen, und erst recht von den Gysis und Lafontaines entweder ignoriert oder nicht wirklich begriffen.** Wir brauchen soziale Sicherheit, ohne Sicherheit gibt es keine Teilhabe an Freiheit. Aber sie entsteht nicht durch Ablehnung des Wettbewerbs und durch Überforderung des Staates. Notwendig ist vielmehr eigene Anstrengung, Mut und auch Risikobereitschaft. Es gibt keine Gesellschaft, die aus einer schwierigen Lage ohne mehr Engagement herausgekommen wäre. **Die größte soziale Sicherheit ist und bleibt ein Arbeitsplatz und nicht die soziale Begleitung von Arbeitslosigkeit.**

2. **Die bisherigen Reformansätze in Deutschland sind zu kurzatmig, um wirklich neue Perspektiven und Vertrauen zu schaffen. Die Agenda 2010 deutete zwar einen Wechsel in Richtung von mehr Markt an, aber der Weg zu Wettbewerb und Eigenverantwortung wurde zu zögerlich beschritten.** Die SPD hat ihn kürzlich gänzlich abgebrochen und zieht wieder in die alte Linkskurve. Die Grünen ziehen hinterher. Das Festhalten an überholten Strukturen ist bisher immer nach hinten losgegangen.
- **Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel. Wer die Bundestagswahl gewinnen will, der muß Defizite in der wirtschaftspolitischen Orientierung beseitigen und mit klaren Zielen zu politischer Führung Willens und in der Lage sein.**
- Notwendig ist ein über mehrere Jahre angelegtes, in der Sache überzeugendes Modernisierungsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland. Darauf wollen wir hinaus. **Es geht um Erwirtschaften vor Verteilen, Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei.**

- 3. Die FDP bekennt sich als erste wiedervereinigte Partei zum Aufbau Ost und zur gesamtdeutschen Solidarität.** Wir haben mit dem geringen Wirtschaftswachstum und der hohen Arbeitslosigkeit ähnliche Probleme in Ost und West. Wir wollen mit einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik für ganz Deutschland neue Chancen für die Menschen in den neuen Bundesländern schaffen.
- 4. Politik muß auf die Reduzierung von Standortkosten, bei Steuern und Abgaben abzielen.** Sie muß **Freiräume** schaffen und die Regelungsdichte zurückführen. Sie muß forschungs- und bildungspolitische Impulse positiv begleiten. Die **Tarifvertragsparteien** müssen aus dem Denken in Flächentarifen heraus. Nicht nur Unternehmen stehen im Wettbewerb, sondern auch jeder Arbeitsplatz. Die Bürger müssen sich schließlich neu zwischen Ansprüchen und eigener Verantwortung zum Erhalt sozialer Sicherheit und Freiheit entscheiden. **Es gibt keinen Staat, der für die Menschen mehr tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten.**
- In der **Arbeitsmarktpolitik** ist der eingeschlagene Weg der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes richtig, ebenso die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Ein konsequenter Abbau beschäftigungsfeindlicher Regulierungen hat aber nicht stattgefunden. Ebenso fehlte es an einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. Hartz optimiert lediglich die Vermittlung, geht jedoch nicht an den Kern des Problems, der Nachfrage nach wirklichen Arbeitsplätzen. Ein Befreiungsschlag für Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ist zwingend notwendig. **Das Tarifvertragsrecht muß geändert werden, um betriebliche Bündnisse möglich zu machen und aus den Flächentarifen herauszukommen.** Wenn drei Viertel der Belegschaft eines Betriebes zustimmen, muß es ein betriebliches Bündnis geben können. Mittlere und kleine Unternehmen brauchen Chancengleichheit.
  - Wirtschaftswachstum und neue Beschäftigungsdynamik sind ganz entscheidend. Nur mit Wachstum entstehen neue Chancen. **Nur mit mehr**

**Arbeitsplätzen werden die Haushalte wieder solide.** In der **Steuer- und Finanzpolitik** ist deshalb eine weitere Senkung der Steuerbelastung notwendig. Die Probleme bei Wachstum und Beschäftigung sind nämlich nicht in erster Linie durch eine mangelnde Nachfrage verursacht, sie haben tiefere Ursachen. Entscheidend sind gerade mehr Investitionen. **Steuer- und Finanzpolitik müssen deshalb eingebettet sein in eine Vereinfachung des Steuersystems, in einen Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen und weiteren Staatsausgaben, in einen Prozeß der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.** Die FDP hat ein 35 Mrd. Euro Konsolidierungsprogramm vorgelegt, eine Steuererhöhung ist nicht notwendig, eine Steuersenkung ist finanzierbar und zwar für alle. Vor allem für Familien. Nach unserem Steuerkonzept soll der Kinderfreibetrag so hoch sein, wie der für Erwachsene. Eine Familie mit 2 Kindern zahlt dann erst mit einem Einkommen über 30.000 Euro überhaupt Steuern.

- Bei den **sozialen Sicherungssystemen** wurden bisher keine nachhaltigen Reformen beschlossen, die Beiträge dauerhaft senken können. Wettbewerb und Eigenverantwortung wurde ausgewichen, die Generationengerechtigkeit fehlt. **Die Wahlmöglichkeiten müssen aber gerade für alle in allen Systemen vergrößert werden. Die Umverteilung in den bisherigen Systemen muß beendet, Transparenz muß hergestellt werden und eine Ablösung von lohnbezogenen Beiträgen muß stattfinden. Das Gesundheitswesen ist wettbewerblich zu organisieren.** Wenn den Menschen mehr Netto vom Ertrag ihrer Leistung belassen wird, ist mehr eigene Vorsorge möglich. Das ist unser Vorschlag. Konkret heißt das, daß private kapitalgedeckte Vorsorge, für Alter und Gesundheit, ein sehr viel größeres Gewicht gewinnen muß, aber nicht durch **Bürgerzwangsversicherung**, sondern durch **Bürgerselbstversicherung**.
- In der **Bildungspolitik** darf von der Autonomie der Hochschulen nicht nur geredet, sie muß ihnen auch gegeben werden. Die Erhebung von Studiengebühren, begleitet durch Stipendiensysteme für Studentinnen und Studenten, muß in das autonome Ermessen der Hochschulen gegeben

werden. Auch die Personalhoheit gehört in die Hochschulen. **Die Hochschulen müssen sich im Wettbewerb ihre Studentinnen und Studenten selbst aussuchen können und umgekehrt.** Nur durch Wettbewerb wird eine Qualitätsverbesserung auch im Schulbereich erfolgen, für den die Länder zuständig sind. Aber auch das allein reicht nicht.

Die PISA-Studien haben gezeigt, daß es an einer Kultur des Lernens mangelt. Die wird sehr früh ausgebildet. Ein Mindestmaß als Mitgift des Elternhauses ist für die Entwicklung der Bereitschaft zum Lernen unverzichtbar. Eltern müssen Ihren Kindern das Beste geben, was sie haben und das sind sie selbst. Große Pädagogen wußten immer schon, daß Bildung etwas mit Erziehung zu tun hat. Und diese muß werteorientiert in Familien und Schulen wieder stärker zur Geltung kommen.

- **Wissenschaft** ist der soziale Verstand der Menschheit, sagt Professor Markl. „Sie ist ein ununterbrochener Kommunikationsprozeß zahlloser kluger Menschen mit offener und unvoreingenommener Auseinandersetzung mit Gründen.“ Wer die Folgen des Umweltverbrauchs mindern will, muß sich um technisch bessere Lösungen in allen Bereichen bemühen. Wer Böden entgiften will, der muß genetisch veränderte Organismen einsetzen. Wer den Hunger in der Welt bekämpfen will, darf grüne Gentechnik für schadstoffresistente Pflanzen nicht verteufeln. Eingriffe in die Keimbahn menschlichen Lebens lehnen wir ab. **Wer aber helfen will, das Leiden von Menschen zu lindern, der muß mit einer Ethik des Heilens in verantwortbarer Stammzellenforschung und durch therapeutisches Klonen auch in Deutschland forschen können. Wer darauf verzichten will, muß auch die Konsequenzen des Verzichts darlegen.**
- Markt und Wettbewerb zielen auf **Effizienz bei der Vermeidung und Behebung von Schäden.** Dieses Prinzip, das im übrigen auch die **Natur seit Millionen von Jahren kennt**, gehört endlich auch in der **Umweltpolitik** durchgesetzt. Wir brauchen im Umweltschutz moderne marktwirtschaftliche Methoden zum Erzielen der besten Ergebnisse anstelle bürokratischer und dirigistischer Apparate. Es ist eine Anmaßung, Menschen auf allen Gebieten

vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. **Unser Ziel ist der Wettbewerb der besten Lösungen statt dauernder staatlicher Eingriffe. Wir wollen Umweltschutz mit der Marktwirtschaft, mit neuen Technologien, und nicht gegen die Marktwirtschaft, gegen den technologischen Fortschritt.**

- In der **Energiepolitik** muß der energiepolitische Altersstillsinn der Grünen beendet werden. Derzeit steigt der Verbrauch von fossilen Brennstoffen weltweit an. Um den Trend zu drosseln oder gar umzukehren sind alle Möglichkeiten gleichzeitig anzuwenden. Der Ausbau nachwachsender Rohstoffe, die Wasserstofftechnologie, Solartechnik und Geothermie, Wärmedämmung, Kraft-Wärmekopplung, aber eben auch Kernenergie.

Das ideologische Ausstiegszenario der Bundesregierung aus der Kernenergie ist unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes kontraproduktiv. Eine Energiepolitik, die verantwortungsbewußt auf Klimaveränderungen reagieren will, darf nicht den Verzicht auf Kernenergie propagieren, sie muß sich um ihre Modifizierung bemühen. Dabei geht es nicht um Neubau von Kernkraftwerken. Es geht um neue und forcierte Forschungsanstrengungen, um sichere Reaktoren und um weitere Forschungen zur Kernfusion. Deutschland muß zuallererst Kompetenz im Umgang mit Kernenergie behalten.

- **Nicht der Staat gewährt den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen über Freiheit zur Wahrung der Rechte aller.** Das **Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung** ist durch Rot-Grün vollständig ausgehöhlt worden. Banken werden verpflichtet, Dateien einzurichten, in die alle Konten und Depots mit Name des Kunden eingespeist werden müssen. Für das neue Vergütungssystem im Gesundheitsmodernisierungsgesetz werden auch die Abrechnungen mit höchst persönlichen Daten übermittelt. Maßnahmen zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses durch Rot-Grün gehen über die Notwendigkeiten der Terrorismusbekämpfung hinaus. Die Trennung zwischen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Aufgaben wird verwischt.

Die Bürgerinnen und Bürger und ihre Daten dürfen nicht einer derartigen lückenlosen Überwachung durch den Staat oder kollektive Systeme unterzogen werden.

Wenn durch Festnahme eine geplante Straftat verhindert werden kann, dann ist Inhaftierung geboten. Eine generelle Sicherungsverwahrung bei bloßer Vermutung, jemand könne eine Straftat begehen, ist verfassungswidrig. Es wäre besser, wenn sich die Innenminister um die **Beseitigung des Vollzugsdefizits** bei bestehenden Gesetzen kümmern würden. Das allein würde schon bedeutend mehr Sicherheit schaffen als andauernde neue Gesetzgebungsvorschläge. Es schützt nicht der die Bürger am besten, der den roten oder schwarzen Sheriffstern gewinnt. **Der Rechtsstaat darf seine ethische Überlegenheit nicht preisgeben.** Er kann Terrorismus nicht bekämpfen, wenn er auf sich selbst verzichtet.

- Der Staat ist nicht der Zensor der privaten Lebensentwürfe. Eine vielfältige Gesellschaft ist eine kreative Gesellschaft. Nur die kreative Gesellschaft gewährleistet den wirtschaftlichen Erfolg. Die freie Gesellschaft ist die für Frauen und Männer gleichermaßen faire Gesellschaft. Die Kulturnation Deutschland braucht die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt. Entscheidend ist der Respekt vor und die Beachtung der Verfassung unseres Landes. Nicht die Lebensart.
- 5. Die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands gefährdet den Wohlstand in Europa und verengt außenpolitische Handlungsspielräume. Wir sind ein Land mittlerer Größe mit wirtschaftlichen Problemen und kritischer Demografie. Es fehlt ein konzeptioneller Entwurf der deutschen Außenpolitik angesichts der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen.**
- **Deutsche Außenpolitik muß die Fähigkeit zurückgewinnen, europäischer Motor zusammen mit Frankreich in Europa zu sein, aber an diesem Prozeß zugleich andere Staaten, vor allem die Kleineren, zu beteiligen.** Gerade Deutschland braucht eine handlungsfähige europäische

Union und eine enge Kooperation mit den Vereinigten Staaten. Die transatlantische Partnerschaft hat nicht zu viel Amerika, sie hat zu wenig Europa.

- Seit 1990 sind fast **4 Millionen Menschen in Kriegen umgekommen. 1,4 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 Dollar am Tag. Über 18 Millionen Menschen sind vertrieben worden. Wir leben auf keiner Insel.** Wir können uns unserer Verantwortung nicht entziehen. Europa fehlt es nicht an internationalem Potential, oft aber an strategischer Orientierung, an so etwas wie der Fähigkeit zu wirklichem weltpolitischem Kalkül. Eine Beifahrerrolle mit erhobenem Zeigefinger reicht nicht.
- **Die politische Lage Europas erzwingt eine längst fällige Debatte über Europa selbst.** Europa zu überdehnen oder es in eine schlichte Freihandelszone zurückzufallen zu lassen, würde es zu einem „gigantischen Gebilde ohne Eigenschaften“ machen. Es würde ein Zweckverband ohne Wir-Gefühl mit geostrategischer Ausdehnung ohne wirkliche Kraft.
- Die Beitrittsverhandlungen mit der **Türkei** können gar nicht anders als ergebnis- und optionsoffen geführt werden. Die EU ist gegenwärtig nicht aufnahmefähig und die Türkei ist gegenwärtig nicht beitriffähig. Sollte sich im Verlauf der Verhandlungen herausstellen, daß die Voraussetzungen für eine Vollmitgliedschaft nicht gegeben sind, und das gilt auch für die Fähigkeit der EU aufzunehmen, dann muß auch über Alternativen nachgedacht werden und zwar besser von vornherein. Vor Beginn der Beitrittsverhandlungen ist es nicht mehr als selbstverständlich, daß die Türkei alle Mitgliedsstaaten der EU anerkennt.
- **Das Budget der EU muß zukunftsorientierter werden.** Das alte Sozialmodell der beiden großen Kontinentalstaaten trägt nicht mehr. Darin liegt auch keine Identität Europas. Deutschland und Frankreich haben den Stabilitätspakt mehrfach verletzt, die Dienstleistungsrichtlinien blockiert, sich gegen die Öffnung der Märkte lange gesperrt. Sie haben schwache

Wachstumsraten, hohe Arbeitslosigkeit. Das alte Tandem Deutschland-Frankreich schwächelt. **Ein neuer europäischer Anfang ist notwendig. Der gelingt nur freiheitlich und wettbewerblich.**

- Amerika ist die einzige verbliebene Weltmacht, auch wenn sich anderswo regionale Konstellationen mit weiteren Kräfteschwerpunkten andeuten. **Europa und Amerika haben mehr gemeinsame Interessen als jeder allein mit irgendeinem anderen Partner in der Welt.** Sie sind mit Abstand die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft und im Weltwährungssystem.
  - Im Zeichen von Globalisierung nicht nur von Handel und Information, sondern auch von Sicherheitsrisiken ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen diesen beiden mit Abstand wichtigsten Akteuren der Weltpolitik unerlässlich. Ihre gemeinsamen ökonomischen und politischen Potentiale sind überragend. **Keine der großen internationalen Aufgaben läßt sich ohne transatlantische Zusammenarbeit lösen.** Wer der Illusion eines europäischen Alleingangs anhängt, täuscht sich. Es gibt zur transatlantischen Zusammenarbeit keine wirkliche Alternative, außer Leichtsinn.
- 6. Arbeit, Bildung, Chancen. Diese politische Botschaft muß eindringlich vermittelt werden. Freiheit ist und bleibt die Voraussetzung einer vitalen Gesellschaft mit Chancen für alle.**
- **In Deutschland stehen zu viele staatsorientierte Parteien an einem Bahnsteig, an dem kein Zug mehr vorbeikommt.** Allen voran die neue sozialistische Einheitspartei. Diese beutet das Unbehagen an neuen Herausforderungen aus. Sie bietet den Gegnern des Wettbewerbs bequeme moralische Deckung. Sie macht allen Verängstigten illusorische Versprechen. Sie lockt Deutschland damit in eine weltweite Abseitsfalle. Andere werden weiter an uns vorbeiziehen. Das kann niemand wollen. Wir wollen in die Spitze zurück.

- **Deutschland muß endlich weg von einer Politik, die den Menschen Sand in die Augen streut. Der Staat, das sind wir alle.** Die Menschen müssen wieder in die Lage versetzt werden, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Nur so kann die Fahrt in die Infarktgefährdung einer freiheitlichen Gesellschaft gestoppt werden. Der Prozeß, in dem wir uns befinden und die Schwierigkeiten, mit denen wir es zu tun haben, kosten nicht nur Geld. **Freiheitliche Gesellschaften müssen vor allem auch zu Anstrengungen fähig sein, die jenseits von materiellen Anreizen liegen.** Daraufhin wird aber in Deutschland nicht trainiert. Darauf wird es aber ankommen.
- Unsere freiheitliche Verfassung kommt aus der Ideengeschichte des politischen Liberalismus. Aus ihr kommt auch die Kraft zur Erneuerung. Die braucht Deutschland jetzt nötiger denn je. **Es wird darauf ankommen, ein Bewußtsein für die neuen Herausforderungen und eine Haltung zu ihrer Bewältigung zu schaffen, eine den Aufgaben entsprechende öffentliche Meinung herzustellen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.** Es geht nicht nur um einen Regierungswechsel. Es geht um einen kompletten Politikwechsel. Der Regierungswechsel ist Mittel zum Zweck, um einen Politikwechsel zu schaffen.

**Dafür ist die Zweitstimme für die FDP die entscheidende Stimme.** Sie gibt den Ausschlag. Für eine bürgerliche Mehrheit, gegen Spielereien mit Rot-Grün-Rot.